

SED- und Stasi-Opfer gründen Netzwerk in Niedersachsen

*Bemerkenswerte Initiative von Hartmut Büttner
Verbandsübergreifende Maßnahmen sollen SED-
Opfern in alten Bundesländern helfen*

Die in Niedersachsen lebenden SED- und Stasi-Opfer und die niedersächsischen Opferverbände wollen künftig intensiver zusammenarbeiten. Daher haben sie in Hannover ein Netzwerk gegründet.

Bei der Gründungsversammlung im niedersächsischen Innenministerium einigten sich die Repräsentanten des Verbandes der Opfer des Stalinismus (VOS), des Verbandes politisch Verfolgter des Kommunismus (VpVdK) der Stasi-Opfer-Selbsthilfe und der Ehrenamtlichen Hilfe für SED-Opfer darauf, künftig verstärkt gemeinsam die Interessen der Kommunismus-Opfer wahrzunehmen.

Im Mittelpunkt stehen Hilfen bei der strafrechtlichen, juristischen und beruflichen Rehabilitierung und der neuen Opferpension (Besondere Zuwendung). Da die Traumatisierung vieler SED und Stasi-Opfer bis zum heutigen Tag anhält, soll die häufig bestehende Schwellenangst zu Behörden durch die vermittelnde Hilfe von Leidensgefährten abgesenkt werden.

Weiterhin will das neue Opfernetzwerk in direkten Gesprächen mit Politikern aus Land und Bund versuchen gezielte Verbesserungen bei den SED- Rehabilitierungsgesetzen durchzusetzen. Die DDR- Opferverbände sehen dabei in der niedersächsischen Landesregierung einen besonderen Verbündeten. Als einziges westdeutsches Bundesland unterhält Niedersachsen eine Beratungsstelle für DDR-Opfer im Ministerium für Inneres, Sport und Integration.

Gegenüber der neuen Bundesregierung bietet folgende Passage der Koalitionsvereinbarung eine wichtige Grundlage für die Aktivitäten des Opfernetzwerkes:



Hartmut Büttner

Mit dem Ende der DDR hat sich das vereinte Deutschland der Aufgabe gestellt, das von SED und Staatssicherheit begangene Unrecht auszugleichen. Wir werden das System der Rehabilitierung und Entschädigung laufend überprüfen und offenbaren Regelungsbedarf mit dem Ziel, die rehabilitierungsrechtliche Situation von Betroffenen zu verbessern, Rechnung tragen.

Haupt-Initiator des Netzwerkes ist der Ratsvorsitzende des niedersächsischen Landkreises Garbsen, Hartmut Büttner. Herr Büttner war 15 Jahre Bundestagsabgeordneter der CDU, bevor er sich nunmehr schwerpunktmäßig den regionalen Aufgaben widmete und zum kompetenten Ansprechpartner der SED-Opfer in Niedersachsen wurde. Den hier eingeleiteten Maßnahmen könnten bzw. sollten die längst fälligen Anlaufstellen nun auch endlich in den anderen Ländern der „alten“ Bundesrepublik folgen. Hier leben, verteilt auf das gesamte Territorium, noch Tausende ehemalige politische Häftlinge der SBZ bzw. DDR. Leider werden diese Opfer oft genug falsch oder gar nicht beraten bzw. stellt man ihnen beispielsweise bei Anträgen auf Anerkennung von Haftschäden Gutachten aus, deren Aussagen keinerlei Bezug zu den menschenunwürdigen Bedingungen, wie sie in der DDR-Haft herrschten, aufweisen.

B. Thonn

Gestern abend hatten wir die Nachbesprechung unserer Exkursion mit den Studenten. Dabei wurde noch einmal deutlich, wie beeindruckt sie von den Gesprächen mit Ihnen sowie Grit Poppe und Katrin Begoin waren. Das Gespräch mit Zeitzeugen vermittelt allen, die die DDR nicht (oder wie wir nur von außen) erlebt haben, einen nachhaltigen Eindruck von dem totalitären Charakter dieses Staates. Wir möchten Sie deshalb von unseren Studenten herzlich grüßen und Ihnen im Namen der Gruppe noch einmal für die Veranstaltung am vergangenen Mittwoch danken! Wir alle waren von dem Gespräch, von Ihrer Arbeit und von Ihrer Gastfreundschaft sehr beeindruckt.

Kurzporträt der linken Doppelspitze

Gesine Löttsch wurde 1961 in Ost-Berlin eine Woche vor dem Mauerbau geboren. Von 1984 bis 1990 gehörte sie der SED, seit 1990 der neu gegründeten PDS an. Sie war PDS-Landesvorsitzende und Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Berlin. Von 1991 bis 2002 war sie Mitglied des Abgeordnetenhauses Berlin, wo sie mehreren Ausschüssen angehörte. Seit 2002 ist sie Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Seit 2010 gehört sie der Linken-Doppelspitze an.

Klaus Ernst, als Mit-Vorsitzender der Linken ist 1954 in München geboren. Er ist nach einer Laufbahn bei der Gewerkschaft zur WASG gekommen, da er vor allem gegen die Hartz-IV-Gesetze war. Als Mitglied der SPD wurde 2004 aus dieser Partei er allerdings ausgeschlossen. Seit 2005 ist er für die Partei Die Linke Mitglied des Bundestages.

Übrigens meint Herr Ernst:

„Nur wenns um Parteivermögen geht, ist die Linke SED Nachfolger“